

**Ansprache von Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident der
Deutschsprachigen Gemeinschaft, anlässlich des Festaktes
Zum 40. Jahrestag der Einsetzung des Rates der Deutschen
Kulturgemeinschaft in Anwesenheit
Ihrer Majestäten König Philippe und Königin Mathilde**



Eupen, 23. Oktober 2013

Sire, Majestät,
Sehr geehrter Herr Parlamentspräsident,
Exzellenzen,
Werte Festversammlung,

„Heute ist ein schöner und glücklicher Tag, der eine neue, vielversprechende Phase in der Geschichte unserer Gegend einleitet. Wir alle haben die Pflicht, diese Geschichte mitzugestalten. Es lebe Belgien! Es lebe der König!“

In Anwesenheit von Willy Schyns, der in der Regierung des damaligen Premierministers Leburton das Amt des Staatssekretärs für die Ostkantone und den Tourismus ausübte, beendete mit diesen Worten auf den Tag genau heute vor 40 Jahren, am 23. Oktober 1973, Johann Weynand seine Antrittsrede als frisch gewählter erster Präsident des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft.

Seitdem hat sich vieles geändert und weiterentwickelt. Eines ist jedoch für alle Mitglieder dieses Hauses unverändert geblieben: Die Pflicht, die Geschichte unserer Heimat nach bestem Wissen und Gewissen mitzugestalten.

Diese Geschichte ist keineswegs banal. Sie ist eng mit der europäischen und belgischen Geschichte des vorigen Jahrhunderts verwoben. Zwei historische Ereignisse spielen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle. Ohne den Versailler Vertrag mit der von ihm verordneten Angliederung der Ostkantone an Belgien in der ersten Hälfte und ohne die Umwandlung Belgiens in einen Bundesstaat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wäre das heutige Autonomiestatut der Deutschsprachigen Gemeinschaft nie zustande gekommen.

Die in den kommenden Jahren anstehenden Gedenkfeierlichkeiten zum Ersten Weltkrieg werden den passenden Anlass bieten, näher auf die Angliederung der Ostkantone an Belgien und den damit verbundenen Nationalitätenwechsel einzugehen, der uns Ostbelgier, chronologisch betrachtet, zu den letzten Belgiern gemacht hat. Im Jahre 2020 werden wir unsere hundertjährige Zugehörigkeit zum Königreich Belgien feiern können und es würde ohne jeden Zweifel allen Ostbelgierinnen und Ostbelgiern eine große Freude bereiten, wenn wir unser Königspaar dann erneut in unserer Mitte begrüßen dürften.

Genau wie beim Zustandekommen des Versailler Vertrages, haben die Deutschsprachigen auch bei den bisherigen Etappen der Staatsreform keine zentrale Rolle gespielt.

In dem 346 Seiten umfassenden und von vielen als eigentlicher Start der Umwandlung Belgiens in einen Bundesstaat angesehenen Bericht des Harmel-Zentrums aus dem Jahre 1958 war gerade einmal auf anderthalb Seiten die Rede von den Ostkantonen und der Notwendigkeit, diese unter Beibehaltung ihrer Kultur und ihres Brauchtums möglichst solide an die Provinz Lüttich anzubinden. Das Gesetz von 1973 über den RDK stattete die deutschsprachigen Belgier zwar als erste mit einem von der Bevölkerung direkt gewählten Gremium aus, verlieh diesem jedoch nur begrenzte Kompetenzen und Haushaltsmittel, deren Ausführung Mitgliedern der nationalen Regierung vorbehalten blieb. Dennoch war es ein wichtiger erster Schritt auf dem noch langen Weg zum heutigen Autonomiestatut. Dieses direkt gewählte und somit demokratisch legitimierte Gremium brachte die grundsätzliche Forderung schnell auf den Punkt: Ein mit der Dekretbefugnis ausgestatteter Rat und eine von diesem gewählte, vor ihm verantwortliche Exekutive. Nach einem Jahrzehnt dieser geradezu gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderung war es am 30. Januar 1984 dann endlich soweit. In Anwesenheit des vor wenigen Tagen verstorbenen damaligen Premierministers Wilfried Martens wählte der RDG seine erste Exekutive. Die eigentliche Geburtsstunde der Deutschsprachigen Gemeinschaft hatte geschlagen. Ab diesem Zeitpunkt hat sich die institutionelle Entwicklung ständig weiterentwickelt. Die effektive Übernahme der Zuständigkeiten für das Schul- und Behindertenwesen, den Sprachgebrauch im Unterricht, den Denkmalschutz, die Beschäftigung und die lokalen Behörden ging einher mit weiteren Anpassungen des Autonomiestatuts bei jeder der bisherigen Etappen der belgischen Staatsreform.

Die Koordinaten dieses Statuts werden grundlegend von der bisher noch gültigen asymmetrischen Zweigliedrigkeit der gliedstaatlichen Ebene mit ihren Regionen und Gemeinschaften geprägt. Deren zukünftiges Schicksal erweist sich für die Gesamtentwicklung des belgischen Föderalismusmodells von entscheidender und für den darin der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugewiesenen Platz von fundamentaler Bedeutung. Dies in seiner vollen Tragweite rechtzeitig erkannt zu haben, ist das große Verdienst der Resolution des PDG vom 27. Juni 2011, in der dieses sich bereit, gewillt und in der Lage erklärt, mit angemessenen Finanzmitteln oder Finanzierungsmöglichkeiten alle Zuständigkeiten zu übernehmen, die den Gemeinschaften und Regionen bisher übertragen wurden oder in Zukunft übertragen werden.

Ohne Zweigliedrigkeit auf gliedstaatlicher Ebene wäre es wegen Unvereinbarkeit der flämischen und frankophonen Positionen zu Brüssel nicht zur Geburt des belgischen Bundesstaats gekommen. Ohne asymmetrische Ausgestaltung dieser Zweigliedrigkeit wäre die Funktionstüchtigkeit dieses Modells in arge Bedrängnis geraten, da sie kohärenter und effizienter Politikgestaltung auf vielfältige Weise im Wege steht. Ohne Überwindung dieser Zweigliedrigkeit und Hinwendung zu einem klassischeren Föderalismusmodell mit einer einzigen Art von Gliedstaaten kann dessen Zukunftstüchtigkeit nicht dauerhaft gewährleistet werden. Die sechste Staatsreform weist übrigens klar in diese Richtung.

Ein Bundesstaatmodell mit den vier Gliedstaaten Flandern, Wallonie, Brüssel und Deutschsprachige Gemeinschaft liegt in der logischen Kontinuität der bisherigen Entwicklung und entspricht ohne Zweifel den institutionellen Realitäten, die sich seit dem Ende des Einheitsstaates in Belgien gefestigt haben und mit denen sich eine sehr große Mehrheit der jeweiligen Bevölkerung eng verbunden fühlt.

Auf keinen Fall bildet die unterschiedliche Größe der einzelnen Gliedstaaten ein wirkliches Hindernis für ein Belgien zu viert. Der internationale Vergleich lehrt auf anschauliche Weise, dass die relativen Größenunterschiede zwischen Gliedstaaten auch anderenorts mindestens so bedeutend sind wie in Belgien und dort keineswegs einer prinzipiellen Gleichberechtigung im Wege stehen. Aus der Erfahrung anderer Bundesstaaten mit großen und kleinen Gliedstaaten wie die kanadischen Provinzen oder die Schweizer Kantone lässt sich lernen, wie faktische Größenunterschiede im Interesse aller Beteiligten zu handhaben sind und wie sinnvoll Zusammenarbeit über innerstaatliche Sprach- und völkerrechtliche Staatsgrenzen hinaus bei der Ausübung autonomer Zuständigkeiten sein kann.

Die Frage nach der Verkräftbarkeit ihrer Zuständigkeiten hat unsere Gemeinschaft seit ihren Anfängen ständig begleitet. Die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte im Umgang mit der stets wachsenden Autonomie hat gezeigt, dass bisher alle Zuständigkeiten mindestens genauso gut verwaltet wurden, wie das vorher unter der Verantwortung des belgischen Staates oder der Wallonischen Region der Fall war. Insbesondere das Unterrichtswesen hielten viele vor rund 25 Jahren für nicht verkräftbar. Heute sind sich alle einig, dass die eigenständige Verwaltung dieser Zuständigkeit eine große Chance für die Deutschsprachige Gemeinschaft darstellt. Dasselbe gilt für die Zuständigkeit in den Bereichen Kultur, Beschäftigung und Sozialwesen. Kein Bürgermeister, Kommunalpolitiker oder Mitglied eines Kirchenfabrikrates zwischen Ouren und Neu-Moresnet wird ernsthaft die bedeutenden Verbesserungen in Frage stellen, die dank der Übernahme der Zuständigkeiten für die lokalen Angelegenheiten seit 2005 erreicht werden konnten.

Kleine Gemeinwesen können diese durchaus auch große Aufgaben erfolgreich meistern, wenn es gelingt, selbstbewusst die eigenen Stärken konsequent zu nutzen und zielstrebig maßgeschneiderte Lösungen zu entwickeln. Das klappt in der Regel übrigens umso besser, je genauer man weiß, wo man hin will und in welche Richtung der Weg in die Zukunft führt.

Sire, Majestät,
Werte Festversammlung,

Die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts hat die durch den Wiener Kongress entstandene und vom Versailler Vertrag entscheidend beeinflusste Deutschsprachige Gemeinschaft zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißt und in eine Richtung gelenkt, die sie als kleine Region mit Gesetzgebungshoheit an der Wasserscheide zwischen dem germanischen und romanischen Kulturraum in Europa mit zahlreichen Trümpfen und Chancen ausstattet. Ihre Zukunftstüchtigkeit wird letztlich davon abhängen, ob es ihr bei der Politikgestaltung gelingt, ihre identitätsstiftende Verwurzelung mit einer weltoffenen Vernetzung anzureichern, denn erfolgreiche Regionen sind tief verwurzelt und breit vernetzt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Allocution de Monsieur Karl-Heinz Lambertz,
Ministre-Président de la Communauté germanophone,
à l'occasion de la cérémonie du 40^e anniversaire de l'installation du
Conseil de la Communauté culturelle allemande, en présence de ses
Majestés le Roi Philippe et la Reine Mathilde**



Eupen le 23 octobre 2013

Sire, Majesté,
Monsieur le Président du Parlement,
Excellences,
Chère assemblée,

« Aujourd'hui est une belle et joyeuse journée porteuse d'espoir et inaugurant une nouvelle ère de l'histoire de notre région à laquelle nous avons toutes et tous le devoir de participer. Vive la Belgique ! Vive le Roi ! »

C'est par ces mots que Johann Weynand, fraîchement élu premier Président du Conseil de la Communauté culturelle allemande, terminait son discours le 23 octobre 1973 en présence de Willy Schyns, Secrétaire d'État aux Cantons de l'Est et au Tourisme dans le Gouvernement de l'époque, à savoir celui du Premier-Ministre Leburton. C'était il y a 40 ans jour pour jour.

Depuis, beaucoup de choses ont changé et évolué. Toutefois, une chose est restée la même pour les membres de cette maison : le devoir de façonner le devenir de notre patrie en âme et conscience.

Cette histoire n'est nullement banale. Elle est intimement liée à l'histoire européenne et belge du siècle passé. Deux événements historiques y jouent un rôle capital. Sans le Traité de Versailles et la décision de rattacher les Cantons de l'Est à la Belgique dans la première moitié et la transformation de la Belgique en un état fédéral dans la seconde moitié du 20^e siècle, la Communauté germanophone n'aurait jamais pu atteindre le niveau d'autonomie qu'elle a aujourd'hui.

Les commémorations de la première guerre mondiale qui auront lieu les prochaines années seront l'occasion idéale de s'appesantir sur le rattachement des Cantons de l'Est à la Belgique et le changement de nationalité de leurs habitants qui a fait de ceux-ci, du point de vue chronologique, les derniers belges. En 2020, nous aurons l'occasion de fêter le centième anniversaire de notre appartenance au Royaume de Belgique et il ne fait aucun doute que l'ensemble des germanophones seraient ravis de pouvoir à nouveau accueillir le couple royal.

À l'instar de ce qui s'est passé au moment de la conclusion du Traité de Versailles, les germanophones n'ont pas, jusqu'à présent, joué un rôle central durant les différentes étapes de la réforme de l'État.

Sur les 346 pages que compte le rapport établi en 1958 par le Centre Harmel et qui, pour de nombreuses personnes, constitue le point de départ de la transformation de la Belgique en un état fédéral, seule une et demi évoque les Cantons de l'Est et la nécessité de les amarrer aussi solidement que possible à la Province de Liège tout en maintenant leur culture et leurs traditions. Par la loi de 1973 sur le RDK (Conseil de la Communauté culturelle allemande) les Belges germanophones furent les premiers à être dotés d'une assemblée directement élue par la population ; elle ne disposait toutefois que de compétences et de moyens financiers limités dont l'exécution restait réservée aux membres du Gouvernement national. Ce fut cependant un premier pas important sur le long chemin du statut d'autonomie actuel. Cette instance élue directement et dès lors légitimée démocratiquement, amena rapidement la revendication fondamentale à la lumière du jour : un Conseil doté du pouvoir législatif et un Exécutif devant lui rendre compte. Ce but fut enfin atteint le 30 janvier 1984, suite à une inaltérable période de revendications répétitives durant toute une décennie. Le premier RDG (Conseil de la Communauté germanophone) élu son premier Exécutif, en présence du Premier Ministre de l'époque et décédé il y a peu, Wilfried Martens. L'heure de naissance de la Communauté germanophone venait de sonner. Depuis lors, l'évolution institutionnelle n'a cessé de se transformer. La prise en charge effective des compétences en matière d'enseignement et de la politique des handicapés, de l'utilisation des langues dans l'enseignement, de la protection des monuments, de l'emploi et des pouvoirs locaux, s'est concrétisée en adaptation du statut d'autonomie lors de chaque étape de réforme de l'état belge.

Les caractéristiques de ce statut sont fondamentalement imprégnées de l'actuelle bicéphalité asymétrique des entités fédérées constituées des Régions et des Communautés. Leur destinée s'avère d'une importance primordiale pour l'évolution du modèle fédéral belge dans sa globalité et pour la place qui y sera attribuée pour la Communauté germanophone. Avoir pleinement reconnu en temps utile cette portée, est le grand mérite de la résolution du PDG (Parlement de la Communauté germanophone) du 27 juin 2011, dans laquelle elle déclare être prête, disposée et en mesure, moyennant des recettes financières adaptées ou de disposer des outils de financement, d'assumer toutes les compétences transférées à ce jour et dans le future aux Communautés et Régions.

Sans cette bicéphalité des entités fédérées née de l'incompatibilité entre les positions flamandes et francophones au sujet de Bruxelles, la Belgique fédérale n'aurait jamais vu le jour. Sans cet arrangement de bicéphalité asymétrique, le fonctionnement de ce modèle aurait été mis en perdition étant donné qu'il empêche l'organisation cohérente et efficiente de politique de multiple manière. Sans surpasement de cette bicéphalité pour se tourner vers un modèle fédéral plus classique, comprenant qu'un seul niveau d'entité fédérée, il ne sera plus possible d'assurer la survie durable du fédéralisme. La sixième réforme de l'état indique clairement la direction à suivre.

Un État fédéral composé de quatre entités, la Flandre, la Wallonie, Bruxelles et la Communauté germanophone est une suite logique de l'évolution actuelle et correspond sans aucun doute aux réalités institutionnelles qui se sont affirmées avec la fin de l'État unitaire et auxquelles une très grande majorité de la population des entités respectives se sent étroitement liée.

La différence de taille des entités fédérées ne constitue en aucun cas un véritable obstacle pour une Belgique à quatre. La comparaison au niveau international nous

montre de manière claire que les différences de taille relativement importantes entre entités fédérées sont au moins tout aussi significatives qu'en Belgique et n'y représente nullement un frein au principe d'égalité. Les expériences vécues par d'autres états fédérés comportant de petites et grandes entités telles que les provinces canadiennes ou les cantons suisses, nous montrent comment il faut aborder les différences réelles de taille dans l'intérêt de toutes les parties concernées. Elles montrent aussi combien il peut être judicieux - dans le cadre de l'exercice autonome de compétences - de collaborer, que ce soit au-delà des frontières linguistiques au niveau national ou au-delà des frontières étatiques au niveau international.

Comment faire face à ses compétences est une question que notre Communauté s'est posée depuis le début. L'expérience d'une autonomie toujours grandissante ces dernières décennies nous a montré que, jusqu'à ce jour, toutes les compétences étaient gérées au moins tout aussi bien qu'auparavant, lorsqu'elles relevaient de l'État belge ou de la Région wallonne. Il y a 25 ans, nombreux étaient ceux considérant que l'Enseignement aurait été « insurmontable ». Aujourd'hui, tous s'accordent pour affirmer que la gestion autonome de cette compétence fut une grande chance pour la Communauté germanophone. Cela vaut également pour la culture, l'emploi et les affaires sociales. Aucun bourgmestre, politicien communal ou membre d'un conseil de fabrique d'Église entre Ouren et Neu-Moresnet ne mettra raisonnablement en doute les améliorations significatives atteintes grâce à l'exercice, depuis 2005, des compétences en matière de pouvoirs locaux.

Même des petites entités parviennent à surmonter des tâches importantes si, conscientes de leurs propres forces, elles réussissent à les mettre en valeur de manière conséquente et à développer des solutions sur mesure pour atteindre leurs objectifs. Cela fonctionne habituellement d'autant mieux que l'on connaît exactement le but à atteindre et vers où mènera le chemin.

Sire, Majesté,
Chère Assemblée,

L'histoire des cinquante dernières années a lié par un destin commun la Communauté germanophone, née au Congrès de Vienne et influencée de manière décisive par le Traité de Versailles. Aux confins des espaces culturels germaniques et romans, cette petite Région désormais dotée du pouvoir législatif dispose de nombreux atouts et opportunités. Son avenir dépendra finalement de sa capacité politique à conjuguer l'enracinement qui a fait son identité et l'ouverture sur le monde grâce à une mise en réseau. Les Régions prospères ont en effet un enracinement profond et disposent d'un large réseau.

Je vous remercie pour votre attention.

**Toespraak van Karl-Heinz Lambertz, minister-president van de
Duitstalige Gemeenschap, op de feestelijke plechtigheid naar
aanleiding van de 40^e herdenkingsdag van de installatie
van de Raad van de Duitse Cultuurgemeenschap in aanwezigheid
van koning Filip en koningin Mathilde**



Eupen, 23 oktober 2013

Sire, Hare Majesteit,
Geachte parlamentsvoorzitter,
Excellenties,
Dames en heren,

“Vandaag is een mooie en gelukkige dag, die een nieuwe en veelbelovende fase in onze geschiedenis inluidt. Wij allen hebben de plicht die geschiedenis mee vorm te geven. Leve België! Leve de Koning!”

Zo beëindigde Johann Weynand, als pas gekozen eerste voorzitter van de Raad van de Duitse Cultuurgemeenschap, zijn inaugurele rede, in aanwezigheid van Willy Schyns, die in de regering van toenmalig premier Leburton het ambt van staatssecretaris voor de Oostkantons en toerisme uitoefende. Die rede werd precies 40 jaar geleden gehouden, op 23 oktober 1973.

Sindsdien is er veel veranderd. De ontwikkeling is enorm. Eén ding is voor alle leden van dit huis echter onveranderd gebleven: de plicht de geschiedenis van onze regio naar eer en geweten mee vorm te geven.

Onze streek heeft een bewogen geschiedenis die nauw verweven is met de Europese en de Belgische geschiedenis van de twintigste eeuw. Twee historische gebeurtenissen spelen daarbij een doorslaggevende rol. In de eerste helft van de twintigste eeuw werden de Oostkantons naar aanleiding van het Verdrag van Versailles bij België aangehecht; in de tweede helft van de twintigste eeuw werd België omgevormd tot een federale staat. Zonder dat Verdrag van Versailles en zonder die omvorming van de Belgische staat had de Duitstalige Gemeenschap nooit zoveel autonomie kunnen krijgen als ze nu heeft.

In de komende jaren vinden plechtigheden ter herdenking van de Eerste Wereldoorlog plaats. Die herdenkingsplechtigheden zijn een geschikte gelegenheid om nader in te gaan op de aanhechting van de Oostkantons bij België en de daarmee gepaard gaande wisseling van nationaliteit waardoor wij, als inwoners van Oost-België, chronologisch gezien, de ‘laatste’ Belgen zijn. In 2020 zullen wij kunnen vieren dat wij sinds 100 jaar deel uitmaken van het Koninkrijk België en alle inwoners van de Duitstalige Gemeenschap zullen zich er ongetwijfeld zeer over verheugen als ze hun koningspaar dan opnieuw mogen begroeten.

Bij de totstandkoming van het Verdrag van Versailles hebben de Duitstaligen geen belangrijke rol gespeeld en dat hebben ze ook niet bij de herhaalde staatshervormingen van de voorbije decennia.

Het 346 pagina's tellende verslag van het Centrum-Harmel, dat tot stand kwam in 1958 en dat velen als het eigenlijke startschot voor de omvorming van België tot een federale staat beschouwen, bevat slechts anderhalve bladzijde over de Oostkantons en de noodzaak om die kantons, met behoud van hun cultuur en hun gebruiken, zo stevig mogelijk in te bedden in de provincie Luik. Door de wet van 1973 betreffende de Raad van de Duitse Cultuurgemeenschap (RDK) kregen de Duitstalige Belgen weliswaar als eersten een rechtstreeks door het volk gekozen vergadering, maar kreeg die vergadering slechts beperkte bevoegdheden en middelen waarvan de uitoefening voorbehouden bleef aan de leden van de nationale regering. Toch was die wet een belangrijke eerste stap op de nog lange weg naar de huidige autonomie. Deze rechtstreeks gekozen en daardoor democratisch gelegitimeerde vergadering vatte de fundamentele eis al gauw samen: een Raad met decretale bevoegdheid en een Executieve die door die Raad wordt gekozen en ten overstaan van die Raad verantwoordelijk is. Nadat de RDK die fundamentele eis tien jaar lang bijna gebedsmolenachtig had blijven herhalen, was het op 30 januari 1984 dan eindelijk zover. In aanwezigheid van Wilfried Martens, de toenmalige premier die onlangs gestorven is, koos de RDK zijn eerste executieve. Dat was het eigenlijke begin van de Duitstalige Gemeenschap. Vanaf dan geraakte de institutionele ontwikkeling in een stroomversnelling: in elke tot dusver uitgevoerde fase van de Belgische staatshervorming ging de overheveling van de bevoegdheden voor onderwijs, gehandicaptenbeleid, taalgebruik in het onderwijs, monumentenzorg, werkgelegenheid en plaatselijke besturen gepaard met verdere aanpassingen van het autonomiestatuut.

De krachtlijnen van dat statuut worden fundamenteel gekenmerkt door de tot dusver nog altijd bestaande asymmetrische tweeledigheid op het niveau van de deelgebieden die zijn ingedeeld in gewesten en gemeenschappen. De toekomst van de gemeenschappen en gewesten is belangrijk voor de hele ontwikkeling van het Belgische federale model. Voor de Duitstalige Gemeenschap en de plaats die haar daarin wordt toegewezen is die toekomst zelfs uiterst belangrijk. De grote verdienste van de resolutie van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap van 26 juni 2011 is dat de volle draagwijdte daarvan tijdig begrepen werd. In die resolutie verklaart het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap dat het klaar, bereid en in staat is, met passende financiële middelen of financieringsmogelijkheden alle bevoegdheden over te nemen die tot dusver aan de gemeenschappen en gewesten werden overgedragen of in de toekomst zullen worden overgedragen.

Zonder tweeledigheid op het niveau van de deelgebieden was België wegens de onverenigbare standpunten van Vlamingen en Franstaligen over Brussel nooit een federale staat geworden. Zonder de asymmetrische opbouw van die tweeledigheid was de goede werking van dat model sterk in het gedrang gekomen, omdat die tweeledigheid op velerlei wijze een coherent en efficiënt beleid in de weg staat. Als wij die tweeledigheid niet overwinnen en niet evolueren naar een klassieker federaal model met één soort deelgebieden kan een duurzame werkbaarheid van het staatsmodel niet gewaarborgd worden. De zesde staatshervorming gaat overigens duidelijk in die richting.

Een federaal staatsmodel met vier deelstaten – Vlaanderen, Wallonië, Brussel en de Duitstalige Gemeenschap – ligt in het logische verlengde van de ontwikkeling die zich tot dusver heeft voorgedaan en stemt ongetwijfeld overeen met de vier institutionele realiteiten die sinds het einde van het eenheidsmodel in België vorm hebben gekregen en waarmee een zeer grote meerderheid van de bevolking zich nauw verbonden voelt.

Dat de ene deelstaat kleiner of groter is dan de andere is in elk geval niet echt een beletsel voor een België met zijn vieren. Uit internationale voorbeelden blijkt duidelijk dat de relatieve verschillen in grootte tussen deelstaten ook elders minstens zo sterk zijn als in België en dat dit een principiële gelijkgerechtigdheid helemaal niet belet. De ervaring van andere federale staten met grote en kleine deelstaten, zoals de Canadese provincies of de Zwitserse kantons, leert ons hoe, in het belang van alle betrokkenen, met de feitelijke verschillen in grootte moet worden omgegaan en hoe zinvol samenwerking over taal- en staatsgrenzen heen kan zijn bij de uitoefening van autonome bevoegdheden.

Kan de Duitstalige Gemeenschap wel zoveel bevoegdheden aan? Die vraag wordt al gesteld sinds het ontstaan van onze gemeenschap. De ervaring van de jongste decennia, waarin de Duitstalige Gemeenschap almaar meer autonomie kreeg, heeft ons geleerd dat wij tot nu toe al onze bevoegdheden minstens even goed hebben uitgeoefend als de Belgische Staat of het Waals Gewest voordien. Vooral de bevoegdheid voor onderwijs beschouwden velen ongeveer 25 jaar geleden als een onmogelijke opgave. Vandaag is iedereen het erover eens dat de uitoefening van die bevoegdheid een troef is voor de Duitstalige Gemeenschap. Dat geldt ook voor de bevoegdheid op het gebied van cultuur, werkgelegenheid en sociale aangelegenheden. Geen enkele burgemeester, geen enkele gemeentepoliticus en geen enkel lid van een kerkraad tussen Ouren en Neu-Moresnet zal ernstig betwisten dat er heel wat verbeterd is sinds de Duitstalige Gemeenschap de bevoegdheden inzake plaatselijke besturen in 2005 heeft overgenomen.

Kleine entiteiten kunnen doorgaans ook grote opgaven de baas, indien ze erin slagen zelfbewust en consequent op hun sterke punten te bouwen en doelbewust oplossingen op maat te ontwikkelen. In de regel lukt dat overigens het best wanneer men weet wat men wil en wanneer men weet welke richting men uitgaat.

Sire, Hare Majesteit,
Geachte dames en heren,

Door de geschiedenis van de jongste 50 jaar, die haar oorsprong heeft in het Congres van Wenen en in hoge mate beïnvloed werd door het Verdrag van Versailles, is de Duitstalige Gemeenschap een door het lot verbonden gemeenschap geworden. Door die geschiedenis evolueert onze gemeenschap in een richting die haar als kleine autonome regio, op het snijpunt van de Germaanse en Romaanse cultuurruimten in Europa, talrijke troeven en kansen biedt. Haar toekomstperspectieven zullen uiteindelijk afhangen van de vraag of ze erin slaagt haar identiteitsvormende eigenheid te combineren met een netwerkende en open houding, want succesvolle regio's zijn diepgeworteld en hebben een breed netwerk.

Ik dank u voor uw aandacht.